

Joachim Grutsch

Dipl.-Ing. Dr. techn.;

Jg. 1967;

Studium Wirtschaftsingenieurwesen Maschinenbau an der TU Graz;

Dissertation zum Thema „Strategische Unternehmungsnetzwerke“;

1996–2000 Kommerzielles Projektmanagement von internationalen

Anlagenbauprojekten bei Austrian Energy & Environment;

seit 2000 Industriellenvereinigung Steiermark, Themenschwerpunkte Forschung und Innovation, Energie- und Umweltpolitik

Industriepolitik auf dem Prüfstand

Management Summary:

Österreich hat in den letzten fünfzig Jahren eine hervorragende ökonomische Entwicklung genommen. Die österreichische Industrie hat den Strukturwandel erfolgreich bewältigt und zeichnet sich heute durch Technologiestärke und internationale Wettbewerbsfähigkeit aus. Ein aktuelles Benchmarking der EU-Kommission zeigt jedoch eine besorgniserregende Entwicklung: Österreich schneidet gegenwärtig im Vergleich mit den Mitgliedsstaaten nur in den kostenintensiven Bereichen „Umwelt“ und „Soziales“ überdurchschnittlich gut ab, hat aber bei den Zukunftsfaktoren „Wirtschaftliche Dynamik“, „Forschung“ und „Innovation“ Defizite. Im Strategiedreieck aus „Staat modernisieren“, „Bürger und Unternehmer entlasten“ und „In die Zukunft investieren“ finden sich jene Maßnahmen einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Innovationspolitik, deren Umsetzung Voraussetzung ist, damit Österreich auch weiterhin zu den führenden Nationen der EU zählen wird.

Ein kurzer Blick zurück

Österreich hat – trotz einiger Rückschläge und temporärer Probleme – eine hervorragende Entwicklung seit 1950 genommen. Der ökonomische Aufstieg des Landes ist eine fünfzigjährige Erfolgsgeschichte, Österreich zählt heute zu den höchstentwickelten Industrieländern der Welt. Zurückzuführen ist dieser internationale Höhenflug nicht zuletzt auf einen überdurchschnittlich kräftigen industriellen Strukturfortschritt, begleitet von einer konsequenten Hartwährungspolitik und dem österreichtypischen System der Sozialpartnerschaft.

Der Wandel der Industrie von technisch anspruchsloser Massenproduktion hin zu höherwertigen Produkten bis zur Hochtechnologie bewirkte im Vergleich mit anderen westlichen Industrienationen höhere Wirtschaftswachstumsraten. Durch eindrucksvolle Produktivitätssteigerungen und hervorragende Exportleistung wechselte Österreich, das durch die beiden Weltkriege am schwersten

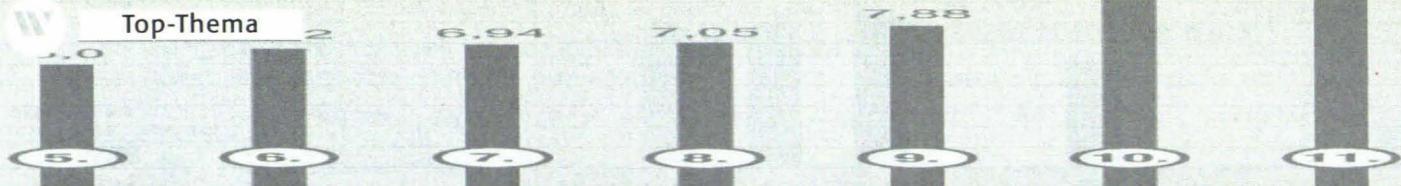
zurückgeworfene Industrieland, auf eine fünf Jahrzehnte andauernde Überholspur.

Die steirische Entwicklung

Gerade die Steiermark konnte sich – nach Überwindung der Krise der verstaatlichten Industrie in den 70er und 80er Jahren – besonders gut etablieren. Die steirische Wirtschaft wächst seit 1993 stärker als die gesamtösterreichische, Gleiches gilt für die Beschäftigungsentwicklung. Die Arbeitslosenquote, die in der Vergangenheit durchwegs über der österreichischen lag,

nähert sich nach und nach dem bundesweiten Schnitt an.

Heute zählt die Steiermark (zusammen mit Ober- und Niederösterreich) zu den bedeutendsten Industriebundesländern Österreichs. Mit einem Anteil von etwa 37 % des Bruttoregionalproduktes ist der produzierende Sektor der mit Abstand größte Wirtschaftsbereich des Landes (Vergleich: Tourismus und Landwirtschaft zusammen erwirtschaften deutlich unter 10 %). Über zwei Drittel des



Gesamtproduktionswertes werden dabei in sechs Stärkefeldern generiert: Papier- und Zellstoffindustrie, Metallwarenindustrie, Maschinen- und Stahlbauindustrie, Elektro- und Elektronikindustrie, Eisenerzeugung und Bergwerke sowie die Fahrzeugindustrie.

Nimmt man die steirische Industrielandschaft näher unter die Lupe, so stößt man auf zwei höchst unterschiedliche Ausprägungen. Auf der einen Seite „klassische“ Industriebetriebe mit jahrzehntelanger Tradition, die dank ihrer Veränderungsfähigkeit und Innovationskraft den wirtschaftlichen Strukturwandel erfolgreich bewältigt haben und das Rückgrat der steirischen Wirtschaft bilden. Vom klassischen Industriebild mit vertikal tief integrierter Massenproduktion blieb nicht viel übrig. Dies zeigt sich ganz besonders deutlich im gegenwärtigen Verständnis von Industrie.

perspektive für die steirische Wirtschaft verspricht.

Österreich im internationalen Vergleich

Kein Grund zur Sorge? Im Gegenteil: Ein im Frühjahr 2003 von der Europäischen Kommission veröffentlichtes Benchmarking der

Mitgliedsstaaten zeigt eine für Österreich durchaus dramatische Entwicklung. Anhand von 88 Indikatoren in 6 verschiedenen Bereichen (vgl. Abb. 1) werden die Stärken und Schwächen der einzelnen Staaten analysiert. Österreich

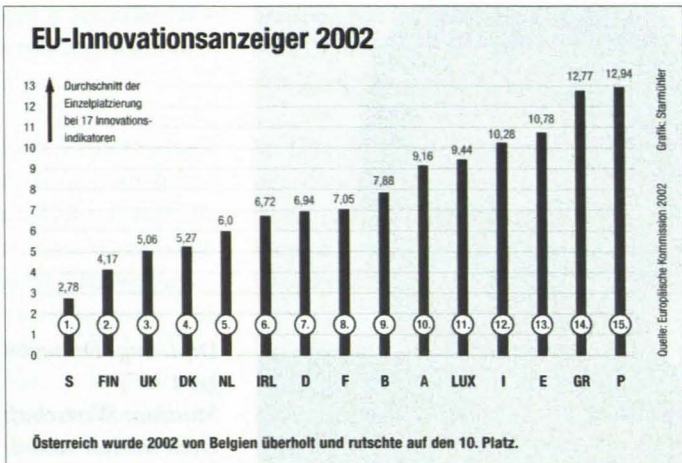


Abb. 2: EU-Innovationsanzeiger

reich Wirtschaftsreform (9. Platz), der vor allem die Fortschritte bei der Liberalisierung und Markttöffnung misst, sowie bei den Beschäftigungs-Kennzahlen (8. Platz)

Österreich ist an einem kritischen Punkt seiner Erfolgsstory angelangt.

kommt

Österreich nur mittelmäßig ab (beim Indikator Beschäftigungswachstum ist Österreich sogar nur an vorletzter Stelle der 15 EU-Staaten).

	Gesamt-Ranking (88 Indikatoren)	Allg. wirtschaftl. Hintergrund (12 Indikatoren)	Innovation & F&E (13 Indikatoren)	Wirtschaftsreform (14 Indikatoren)	Beschäftigung (21 Indikatoren)	Sozialer Zusammenhalt (19 Indikatoren)	Umwelt (9 Indikatoren)
1	DK	L	S	S	DK	NL	Ö
2	S	IRL	FIN	NL	IRL	DK	FIN
3	NL	F	DK	DK	S	Ö	S
4	FIN	B	NL	B	GB	FIN	L
5	IRL	FIN	GB	GR	P	S	D
6	L	DK	D	IRL	NL	D	DK
7	Ö	SP	IRL	SP	FIN	L	NL
8	D	S	F	L	Ö	B	I
9	GB	NL	B	Ö	D	F	P
10	B	I	L	GB	GR	GR	GR
11	F	Ö	Ö	F	L	I	SP
12	P	GB	SP	FIN	B	GB	IRL
13	SP	D	I	P	SP	SP	B
14	GR	P	P	D	I	IRL	F
15	I	GR	GR	I	F	P	GB

Abb. 1: Strukturindikatoren 2003, Reihung der Mitgliedsstaaten nach Themenfeldern

Heute dominieren flexible, vernetzte, auf ihre Kernkompetenzen fokussierte Einheiten entlang der Wertschöpfungskette. Technologie, Forschung und Umweltverträglichkeit sind die Kennzeichen moderner Industriebetriebe. Auf der anderen Seite im Österreichvergleich überdurchschnittlich viele junge, hochdynamische „Hightech-Schmieden“, die in den letzten Jahren trotz schwacher Konjunktur massiv gewachsen sind. Zusammen ergibt das eine Mischung, die – ergänzt durch das reichhaltige Forschungsangebot der Steiermark – eine hervorragende Zukunfts-

das(noch) viertreichste Land der EU, hat jedoch deutliche Schwächen im Bereich Innovation und Forschung (11. Platz) sowie bei der generellen wirtschaftlichen Entwicklung (11. Platz). Auch im Be-

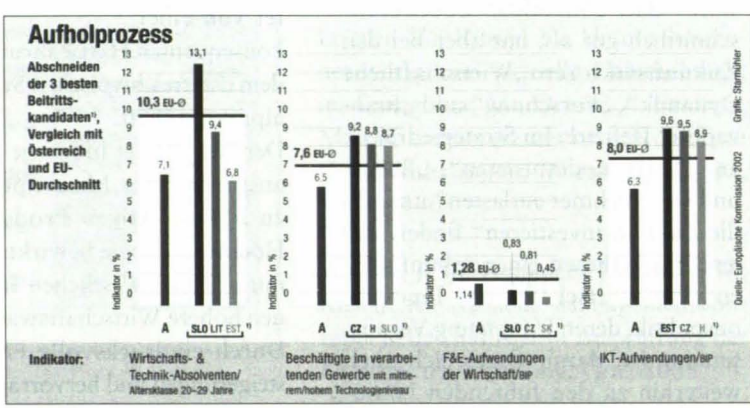


Abb. 3: Innovationsleistung der Beitrittsländer

Wie wichtig die Industrie europaweit für künftiges Wachstum, Arbeitsplätze und damit Wohlstand ist, betonten erst im Februar dieses Jahres die europäischen Spitzenpolitiker Gerhard Schröder, Tony Blair und Jacques Chirac in einem gemeinsamen Brief an den EU-Ratspräsidenten, in dem darauf gedrungen wird, dass den Unternehmen keine neuen Lasten aufgebürdet werden dürfen, welche ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen.

Die Zukunft heißt „Lissabon-Prozess“

Im Rahmen des EU-Gipfels in Lissabon im März 2000 hat die EU die Strategie präsentiert, Europa bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Eine Forschungsquote von 3% wird angestrebt. Zwei zentrale Ziele stehen dabei im Mittelpunkt: erstens der erfolgreiche Übergang in eine wissensbasierte Wirtschaft mit hohen Wachstumsraten und zweitens die Modernisierung des europäischen Sozialmodells.

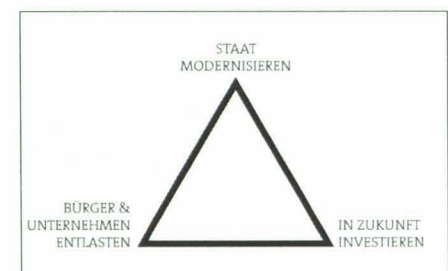


Abb. 5: Strategiedreieck der IV

Österreich will laut Zielsetzung der Bundesregierung bis 2010 zu den Top-3-Nationen Europas zählen. Wie kann dieses ambitionierte Ziel aus Sicht der Industriellenvereinigung erreicht werden? Die Antwort ist im Strategiedreieck aus „Staat modernisieren“, „Bürger und Unternehmer entlasten“ und „In die Zukunft investieren“ zu finden (vgl. Abb. 5). Umweltschutz, soziale Sicherheit und industrielle Wettbewerbsfähigkeit sind keine Gegensätze. Im Gegenteil: Erst die Stärkung der wirtschaftlichen Säule macht Umweltschutz und soziale Sicherheit möglich. Alle „Beteiligten“ sind gefordert: Unternehmen müssen die

	Finnland	Schweden	Österreich
BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten; EU=100	104	104	110
Wirtschaftswachstum 1996 – 2001 Jahresdurchschnitt in %	4,1	2,4	2,2
Überschuss/Defizit der öffentlichen Haushalte in % des BIP	3,6	1,4	-1,8
Rang laut World Economic Forum	2	9	18
Rang laut IMD World Competitiveness Yearbook	2	11	13
Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer in %	45	66	35
Rang Innovationsleistung unter EU-Mitgliedern	2	1	9
Quote der "Wissensinvestitionen" (F&E, Software, höhere Bildung) am BIP in %	5,3	6,5	3,5
Quote der IKT-Investitionen am BIP in %	6	7	5,8
High-Tech-Patente in Europa und den USA je 1.000.000 Einwohner	115	47	16
Verwendung des Internets bei Kontakten mit der öffentlichen Verwaltung in %	27	38	14
Absolventen naturwissenschaftlicher Hochschulen im Jahr 1999 je 100.000 Einwohner	1.360	900	380
Venture Capital als Anteil am BIP	0,19	0,22	0,07
Anteil nicht umgesetzter EU-Richtlinien in %	0,7	0,9	2,8

Abb. 4: Benchmarking Österreich mit Finnland und Schweden bei Forschung und Innovation

ständliches: Österreichs Situation entspricht nicht einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne einer ausgewogenen Berücksichtigung der Säulen Wirtschaft – Soziales – Umwelt. Die wirtschaftliche Entwicklung mit den wesentlichen Kriterien Innovation, Forschung & Entwicklung und Wirtschaftsreformen kommt gegenwärtig zu kurz.

Österreich ist an einem kritischen Punkt seiner Erfolgsstory angelangt. Das Land hat seinen Wachstumsvorsprung verloren und hat Defizite bei den so genannten „Zukunftsfaktoren“. Der hohe Standard in der Sozialpolitik und im Umweltbereich wird daher in Österreich nur aufrechterhalten werden können, wenn der Bereich der Ökonomie durch eine sehr ambitionierte und europäische Wirtschafts- und Innovationspolitik deutlich gestärkt wird.

Vergleich mit Skandinavien

Die skandinavischen Länder mit ähnlich hohen Standards im Sozial- und Umweltbereich sind diesen Weg gegangen. In wesentlichen Innovationsindikatoren liegen sie zum Teil deutlich vor Österreich (vgl. Abb. 4). Und mit aktuell 4,2%

F&E-Quote des BIP (Schweden) und 3,4% (Finnland) liegen diese Länder weltweit an der Spitze und steigern trotzdem weiter ihre jährlichen Forschungsausgaben. Österreich zum Vergleich liegt gegenwärtig bei knapp 2% und hat sich bis 2006 das Ziel 2,5% Forschungsquote gesetzt.

Aktuelle Belastungswelle

Zusätzlich zu dieser nicht gerade erfreulichen Ausgangssituation verschärft eine Reihe weiterer neuer Gesetzgebungen im Energie- und Umweltbereich die Situation vor allem für die energieintensive Industrie in Österreich. Insbesondere die Steiermark mit ihrem überdurchschnittlichen Anteil an Unternehmen im Stahl-, Papier-, Elektronik- oder Glasbereich ist durch steigende Abgaben (Stichworte Kyoto, Energiesteuer, ALSAG-Gebühren, Ökostrom, Roadpricing) besonders stark betroffen. Hier drohen Investitionsstopps, Produktionsreduktionen und sogar die Abwanderungen ganzer Unternehmen kann nicht ausgeschlossen werden, wenn die Rahmenbedingungen des Industriestandortes in Zukunft nicht mehr international wettbewerbsfähig sind.

unverzichtbare Gewinn- und Wertsteigerung mit sozialer und ökologischer Verantwortung vereinbaren. Das Land benötigt Menschen, die selbständig und unternehmerisch denken und Chancen eigenverantwortlich nutzen. Und letztlich ist die Politik gefordert, die Modernisierung des Staates voranzutreiben, Entlastungsmaßnahmen zu setzen und durch Investitionen die Zukunft zu sichern.

Initiativen in der Steiermark

Für den Bereich „In die Zukunft investieren“ sind es die „growth drivers“ Forschung und Innovation, Bildung und Infrastruktur, die für diesen Wachstumsschub notwendig sind. Die Steiermark hat als Innovationsstandort sehr gute Voraussetzungen, sich als Forschungs- und Hightech-Region international zu etablieren. Wirtschaftsnahen Forschungs- und Innovationsindikator-

ren sind jedoch nach wie vor verbesserungsfähig. Was die IV in der Steiermark in diesem Bereich tut, soll beispielhaft an zwei Initiativen festgemacht werden.

innoregio styria, das Innovationsnetzwerk der steirischen Industrie und ihrer Partner (Steirische Wirtschaftsförderung, Joanneum Research, OENB, Universitäten), ist der Strategietreiber und Lobbyist für Forschung und Innovation in der Steiermark.

GT-IV (Growth-Technology-Innovation) ist die neu geschaffene Plattform der IV, die sich den besonderen Interessen der wachstumsstarken, mittelständischen Hightech-Unternehmen des Landes widmet.

Resümee

Die Fortsetzung der österreichischen Erfolgsgeschichte erfordert von allen

Akteuren massive Anstrengungen. Eine intelligente Industriepolitik ist Voraussetzung, um im weltweiten Wettbewerb der Regionen bestehen zu können und damit den zukünftigen Wohlstand des Landes zu sichern. Die Botschaft an Bevölkerung und Politik lautet „Zukunft Industrie“ und ist auch das Motto einer seit 2002 laufenden Informationskampagne.

Literaturhinweise

Kausel A.: Ein halbes Jahrhundert des Erfolges, Wien 2001

Synthesebericht der Europäischen Kommission zum EU-Gipfel am 21. März 2003

Industriellenvereinigung: Österreich.Nachhaltig.Gestalten – Die IV-Zukunftsstrategie für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Wien 2003

Vorankündigung des Wingnet Graz

Europe meets Graz

ESTIEM (European Students of Industrial Engineering and Management)
Pre Council Meeting in Graz

Vom 31. Oktober bis 3. November 2003 kommen 30 bis 40 Studenten aus ganz Europa in die Kulturhauptstadt.

Wir suchen Sponsoren; sollten Sie Interesse haben, Ihre Unternehmung diesem Publikum zu präsentieren, dann wenden Sie sich an
Thorsten Blaschun (blaschun@wingnet.at) oder an Reinhold Dorner (dorner@wingnet.at).